

# ***DIE LINKE.***

**i n K a r b e n**

## **Nicht nur zur Weihnachtszeit**

Maria und Josef flohen aus Ägypten. Auf ihrer Flucht wären sie in Karben nicht ohne Vorbehalte aufgenommen worden. Und wer hätte sie in seinen Stall gelassen?

Karbens „Christ“demokraten lassen sich in der Zeitung dafür feiern, dass sie für Flüchtlinge Wohnraum

zur Verfügung stellen. Doch dazu mussten sie erst von der Kreisverwaltung ge-

*Fortsetzung Seite*

*DIE LINKE  
wünscht allen  
Leserinnen  
und Lesern  
erholsame Feiertage  
und ein gutes  
Neues Jahr!*

**Kein Rot-Rot-Grün in  
Hessen?**

*Lesen Sie Seite 4*

***DIE LINKE.* im Kreistag berichtet auf Seite 3**



**Werner Schulz: „Armut, Niedriglohn und Demokratie passen nicht zusammen!“**

**November Dezember  
2013 / Nummer 32**

Am 19. Januar 2014 wird ein neuer Landrat gewählt:

## **Werner Schulz ist der Kandidat der Linken**

Werner Schulz ist ein etwas anderer Kandidat. Er ist keiner dieser Karriertypen. Für ihn steht eine soziale Politik ganz oben auf der Themenliste. Und das nicht nur als Spruch im Wahlkampf.

Der 47-jährige hat Maler und Lackierer gelernt. Er arbeitete jahrelang in ver-

schiedenen Jobs, bevor er wegen einer Schwerbehinderung arbeitsunfähig wurde. Dann erlebte er am eigenen Leib Existenzängste und den Druck im Behördenschlingel. Heute betreut er die Sozialsprechstunde des Vereins „Linke Hartz4-Hilfe Wetterau“.

*Fortsetzung auf Seite 2*

Fortsetzung von Seite 1

## **Landratswahl 2014 Werner Schulz...**

Der Wetteraukreis steht unter dem Schuttschirm. Das heißt: Die Ausgaben des Kreises werden drastisch reduziert. Werner Schulz kritisiert, dass besonders bei den armen Menschen gekürzt wird. So wurden im Jahr 2012 sechs Millionen Euro im Bereich Jobcenter und Sozialamt eingespart. Offiziell heißt es, wegen der guten Konjunktur gäbe es weniger Bedürftige. Doch die Zahl der Hartz4-Empfänger blieb ziemlich stabil. Schulz sagt: „SPD, Grüne und CDU tun

nichts zur Verbesserung der kommunalen Finanzen. Sie sind gegen eine Vermögenssteuer und gegen Steuern auf Spekulationsgewinne. Würde man diese Steuern erheben, wäre genug Geld da für soziale Aufgaben.

Landrat Arnold von der SPD verwaltet diesen Mißstand. Der CDU Kandidat Hermann verspricht weniger Kürzungen und eine sozialere Politik. Wenig glaubwürdig! Denn die Wetterauer CDU hat immer allen Kürzungen im Haushalt des Kreises zugestimmt. Alternativen zeigt nur *DIE LINKE*. “



## **Haben Sie Probleme mit dem Jobcenter oder Sozialamt?**

Kommen Sie in den Roten Laden, Friedberg, Usagasse 23. Montags von 14 bis 16 Uhr und donnerstags von 16 bis 18 Uhr sind Sie herzlich willkommen!

Fortsetzung von Seite 1

## **Nicht nur zur Weihnachtszeit**

zwungen werden. Andere Gemeinden des Wetteraukreises kümmerten sich seit Jahren darum, Unterkünfte bereit zu stellen. Nur Karben, Bad Vilbel und Rosbach verweigerten sich lange, als ginge sie das nichts an. Immer wieder forderte der Kreis diese Gemeinden auf, einen Flüchtlingsanteil

zu beherbergen. Ohne Erfolg.

### **Warum wird Karben jetzt aktiv?**

Weil der Wetteraukreis ab Januar Flüchtlinge zuteilt! Ohne diesen Druck würden die Karbener Stadtobere immer noch die Verantwortung für diese Aufgabe verweigern.

Kriege in Syrien und Afghanistan verursachen humanitäre Tragödien. Deshalb flüchteten Menschen aus ihrer Heimat. Oft haben sie Familienmitglieder verloren, haben Folter oder Vergewaltigung erlebt. Freiwillig verlässt selten jemand sein Land. Es wäre christlicher gewesen, Flüchtlinge aufzunehmen ohne ein Ultimatum von außen.

## **Strompreise sozial staffeln!**

**Drei Jahre in Folge erhöhte die OVAG die Strompreise: 2012 um rund 5 Prozent, 2013 um 13,2 Prozent und 2014 um knapp 4 Prozent. Menschen mit niedrigem Einkommen und Hilfebedürftige haben zunehmend Probleme, diese Preise zu bezahlen.**

Obwohl der Strom billiger eingekauft wird, steigen die Stromkosten im Januar 2014 erneut. Die OVAG sagt, die Nutzung des Stromleitungsnetzes sei teurer geworden. Auch müsste eine Umlage für große Stromfirmen gezahlt werden: als Entschädigung, dass sie manchmal

vom Netz genommen werden. Ein Grund findet sich immer. Im letzten Jahr wurde die Ökoulage als Grund für Preissteigerungen genannt. Die müssen die Kleinverbraucher zahlen. Denn tausende Firmen sind von der Ökoulage befreit.

900 000 Haushalten in

Deutschland wurde im vergangenen Jahr der Strom abgestellt, weil sie die Rechnungen nicht bezahlen konnten.

*DIE LINKE.* beantragte: der Kreistag soll bei der OVAG einen gestaffelten Strompreis einfordern. Kleinverbraucher sollten weniger zahlen als Großverbraucher. Auch sollte ein zeitabhängiger Stromtarif angeboten werden. Dieser Antrag wurde von den anderen Parteien abgelehnt.



Karikatur: Klaus Stüttmann

# **DIE LINKE. will keine Lehrerstellen kürzen!**

**In den Verhandlungen zwischen SPD, Grünen und Linken wurde deutlich: Es gibt viele Übereinstimmungen. Dennoch wird es einen Politikwechsel in Hessen wohl nicht geben. Liegt es an den Linken?**

Übereinstimmungen gibt es bei den Themen Arbeit, Bildung, Energiewende, Wohnungspolitik, Verkehr und der Durchsetzung direkter Demokratie. Das haben auch SPD und Grüne erklärt.

## **Kernforderungen aber kein Maximalprogramm**

Unsere Kernforderungen im Wahlprogramm waren: Schaffung von 30000 Existenssichernden Arbeitsplätzen zu einem Mindestlohn von 10 Euro - vor allem im Bildungsbereich und hier die Einstellung von 7000 Lehrer/innen. Stärkung des öffentlichen Wohnungsbaus um 4000 neue Sozialwohnungen jährlich.

*DIE LINKE.* hat während der Gespräche deutlich gemacht: wir bestehen nicht auf Maximalforderungen. Wir wollen Schritte in die richtige Richtung vereinbaren. Und wir wollen die gelb-

schwarze Regierung ablösen. Wenn es sein muss und die Inhalte stimmen, sogar mit der Tolerierung einer Minderheitsregierung.

## **Knackpunkt: Stellenabbau**

SPD und Grüne haben im Wahlkampf mehr Einnahmen gefordert. Doch nun ist von der Vermögenssteuer nicht mehr die Rede. Dabei kommt diese Steuer direkten Ländern zugute.

SPD und besonders Grüne drängen darauf, den Haushalt aus eigener Kraft zu konsolidieren. Dafür wollen sie Stellen streichen - z.B. 5000 Lehrerstellen. Dabei gehen die Schülerzahlen in den Städten gar nicht zurück. Und auf dem Land bedeutet Stellenstreichung die Schließung von kleinen Schulen. Auch Inklusion ist so nicht umsetzbar. Das geht mit der Linken nicht.

## **Das Allerletzte**

Sämtliche deutsche Firmen, die von der Ökumlage befreit sind, haben heute eine Pressekonferenz abgehalten. Dort wurde verkündet, dass die so entstehenden Profite garantiert umweltfreundlich sind.

So wird der Profit nur mit Öko-Tinte gefüllten Füllern auf Umweltpapier errechnet. Die Bilanzen mit den Ökumlage-Gewinnen werden ausschließlich bei Tageslicht, ohne zusätzliche Energiekosten zusammengestellt. Der illegale Transfer der Profite in die Schweiz wird natürlich mit Umweltautos bewerkstelligt. Die Chauffeure tragen zu diesem Zweck nur Textilien, die keine giftigen Kunststoffe enthalten.

Die deutschen Firmen, die auf Kosten der Verbraucher auch weiterhin die Ökumlage erhalten, entschuldigen sich: Sie können nichts dafür, wenn Sie auch in Zukunft große Gewinne machen.

*Aus: einhei(t)ztextdienst, satirische Zeitung*